



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verlängerung von Verjährungsfristen bei politischen Korruptions- und Einflussdelikten

Aktuell seit 24.06.2026 10:55:22

Angegeben von:

Transparency International Deutschland e.V. (R000249) am 19.12.2025

Beschreibung:

Um die drohende Verjährung im Aserbaidtschan-Prozess abzuwenden, hatte Transparency International Deutschland e.V. in einem juristischen Ideenwettbewerb zu Vorschlägen für kurzfristige Gesetzesänderungen aufgerufen. Zwei erfolgversprechende Vorschläge wurden eingereicht, einer von der Agon Partners Innovation AG, einer von der Deutsch-Armenischen Juristenvereinigung. Transparency hat beide Vorschläge an die Justizministerin und Mitglieder des Deutschen Bundestages weitergeleitet, um so rechtliche Möglichkeiten aufzuzeigen, durch eine kurzfristige Gesetzesänderung das Risiko einer Verjährung auszuschließen.

Betroffene Interessenbereiche (5)

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Strafrecht [alle RV hierzu]

Alle korruptionsrelevanten Bereiche.

Betroffene Bundesgesetze (2)

StGB [alle RV hierzu]

PartG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2512190080 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]